



Presseschau vom 15.03.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

kprf.ru: **Kasbek Tajsajew war zu einem Arbeitsbesuch im Donbass**

Am 12. März 2019 trafen der Sekretär des ZK der KPRF, der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der SKP-KPS, Mitglied des Komitees der Staatsduma für Angelegenheiten der GUS, eurasische Integration und Verbindungen zu Landsleuten Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew gemeinsam mit dem Berater des Vorsitzenden des ZK der KPRF G.A. Sjuganow, dem stellvertretenden Vorsitzenden des gesamtrussischen Stabs für Protestaktionen beim ZK der KPRF Wladimir Romanowitsch Rodin, der Vorsitzenden der Moskauer Abteilung des allrussischen Frauenverbands „Nadeshda Rossii“, der leitenden Redakteuren der Zeitung „Prawda Moskwy“ Julija Borisowna Michajlowa und dem Assistenten eines Abgeordneten der Staatsduma Julij Jakubowitsch Jakubow zu einem Arbeitsbesuch in der Donezker Volksrepublik ein.

Am 13. März, zu Beginn des Arbeitsbesuchs, fuhr die Delegation der KPRF zum Gebäude des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der DVR, wo sich am 29. September 2018 in den Räumlichkeiten, in denen der außerordentliche 4. Parteitag der KP der DVR stattfand, ein Sprengstoffanschlag ereignete. Die Gäste machten sich mit dem Verlauf der Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten bekannt.

Danach fand ein gesondertes Treffen von Kasbek Tajsajew mit dem Oberhaupt der DVR Denis Puschilin statt, bei dem die Seiten anstehende Fragen der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens erörterten.

Dann besuchte die Delegation der KPRF eine Konferenz in der Donezker medizinischen Gorkij-Nationaluniversität zur Frage der Integration der Hochschule in den russischen Bildungsraum, an der auch das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, der Bildungs- und

Wissenschaftsminister der DVR Jewgenij Gorochos, der Rektor der Hochschule Grigorij Ignatenko, Dozenten und Studenten teilnahmen.

In seinem Grußwort überbrachte Kabek Tajsajew die Grüße des Vorsitzenden der KPRF und Leiters der KPRF-Fraktion in der Staatsduma der RF G. A. Sjuganow und überreichte Dankesbriefe im Namen der Staatsduma an Denis Puschilin, den Rektor der Hochschule und die für internationale Verbindungen und Innovation zuständige Prorektor L.N. Wolkowa für ihren wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Bildung und Wissenschaft in der DVR. Außerdem erhielten D. W. Puschilin und der Bildungs- und Wissenschaftsminister der DVR E.W. Gorochow Gedenkmedaillen des ZK der KPRF zum 140. Geburtstag J.W. Stalins. Nach der Konferenz legte die Delegation der KPRF Blumen am Grab des ersten Oberhauptes der DVR Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko nieder, mit den Kasbek Tajsajew eine enge Freundschaft verband.

Dann besuchte die KPRF-Delegation das Donezker Kinderheim Nr. 1, wo sie den Kindern im Namen der Abgeordneten der KPRF in der Staatsduma Geschenke überreichten, sowie das Kinderzentrum „Gajdarowez“.

Am 14. März fuhr die KPRF-Delegation an die Front. Hier an der Front wurden in festlicher Atmosphäre Parteiauszeichnungen überreicht. Mit der Gedenkmedaille des ZK der KPRF zum 140. Geburtstag vom J.W. Stalin wurden der Kommandeur der Einheit und die besten Soldaten ausgezeichnet.

Kasbek Tajsajew: „Der 80. humanitäre Konvoi wurde von unserer Partei zu Ehren des 101. Jahrestags der Gründung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee geschickt. Und diesmal wollten wir unsere Freunde sehen, die Soldaten, die an der Front stehen und heute die russische Welt verteidigen. Uns war es sehr wichtig, den Leuten in die Augen zu sehen, uns mit ihnen zu unterhalten, von ihren Problemen in dieser schwierigen und explosiven Lage zu erfahren. Die Große Vaterländische Krieg dauerte vier Jahre und der Krieg im Donbass dauert schon fünf Jahre. Wir sind den Menschen für ihren Dienst sehr dankbar. Im Auftrag unserer Partei haben wir eine sehr wichtige und verantwortungsvolle Mission erfüllt – wir haben die Verteidiger des Donbass mit Gedenkmedaillen zum 140. Geburtstag J. W. Stalins ausgezeichnet und allen Soldaten versichert, dass unsere Partei, Gennadij Andrejewitsch Sjuganow, Wladimir Iwanowitsch Kaschin, immer in der Nähe sein werden und alles dafür tun werden, dass im Donbass bald Frieden herrschen wird.

Am 13. März haben wir die Donezker medizinische Gorkij-Nationaluniversität besucht, die von unserer Partei betreut wird. Sie hat für uns besondere Bedeutung. Wir haben unseren Freunden und Kollegen zu der erfolgreichen Akkreditierung gratuliert. Jetzt werden die Absolventen der Universität russische Diplome erhalten. Wir sind dem Bildungs- und Wissenschaftsminister der DVR Jewgenij Gorochow, der sich nicht mit der Entwicklung und Unterstützung dieser Universität, sondern auch mit der aller 19 Hochschulen der DVR befasst. Seinerzeit bat uns Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko, unser enger Freund, ein MENSCH mit großen Buchstaben, einer echter Patriot seiner Heimat, der sehr gut wusste, dass die Arbeit der Ärzte die größtmögliche Unterstützung erhalten muss, die medizinische Universität bei der Akkreditierung zu unterstützen....

Wir haben auch das Kinderheim Nr. 1 von Donezk besucht, mit dem uns eine lange Freundschaft verbindet und wo ungewöhnliche begabte Kinder leben. Dieses Mal haben sie wieder ein Konzert für uns vorbereitet, dass unvergesslich war. Vom emotionalen Inhalt kann ihr Auftritt mit einem hochprofessionellen Konzert verglichen werden. Sie haben sich so stark bemüht, dass wir das Gefühl hatten, dass vor uns namhafte Künstler auftraten. Ich will der Direktorin, den Lehrern und Erziehern für die Fürsorge und Wärme danken, die sie den Kindern geben. Die Abgeordneten unserer Fraktion in der Staatsduma widmen diesem Kinderheim ständige Aufmerksamkeit, und ich meine, dass das richtig ist. Darauf kann unsere Partei stolz sein. Dank der Anstrengungen von Gennadij Sjuganow werden die Kinder aus dem Kinderheim schon bald Moskau besuchen und sich im Erholungsheim „Snegiri“ erholen.

Alle Kinder warten mit Ungeduld darauf. Im Verlauf der Reise gelang es uns, mit der Führung der Republik diesen Vorschlag abzustimmen, was ihrerseits vollständige Unterstützung fand. Ein weiterer Ort, den wir besuchten, was das Kinderzentrum „Gajdarowez“, von dem ich sehr gute Eindrücke erhielt. Ich habe mir nicht einmal vorgestellt, dass es solche Zentren noch gibt. Ihnen ist es gelungen Timur-Gruppen zu erhalten, und daneben befassen sich die Kinder in diesem Klub mit verschiedenen Sportarten, darunter Schach, sie betreiben eine sehr große soziale Arbeit – sie unterstützen Einwohner des Stadtteils, in dem sich der Klub befindet. Zweifellos war es sehr schön zu sehen, mit welcher Dankbarkeit sie die Geschenke von unserer Delegation entgegen genommen haben.... Dies war ein modernes Notebook, auf dem man bequem arbeiten und spielen kann. Wir haben uns sehr gefreut, ihre glücklichen Augen zu sehen.

Am nächsten Tag fuhren wir an die Front. Mit nichts können diese Treffen verglichen werden, die wir mit den Soldaten hatten. Als wir Blumen am Grab des herausragenden Menschen, Staatsmanns, Menschen, der die „Russische Welt“ verkörperte, Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko niederlegten, bemerkten wir, dass bis heute eine riesige Zahl Menschen dorthin kommt. Am Grab waren sehr viele frische Blumen. Sein Tod ist ein ernsthafter Verlust, nicht nur für seine Verwandten und Freunde, sondern auch für das ganze Volk des Donbass. Die Menschen erinnern sich an ihn, sind stolz auf ihn und sprechen über ihn wie über einen Lebenden. Diese Gefühle können unmöglich in Worten wiedergegeben werden, und dass die Menschen jetzt mit verdoppelter Energie an der Front ihre Positionen halten, ist in Vielem ein Verdienst Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenkos und ein Tribut an sein Gedenken“.



https://kprf.ru/media/images/newsstory_illustrations/large/9cf2ef_img-20190313-wa0078.jpg

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Kalinowka und Losowoje**. . Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Washington plant Übergabe von ausgemusterten Patrouillenbooten an Kiew**

Die USA planen, der Ukraine zwei weitere ausgemusterte Patrouillenboote der Klasse „Island“ zu übergeben. Dies teilte General Curtis Scaparrotti, Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa, bei Kongressanhörungen mit.

In seiner Rede verwies er darauf, dass die USA zuvor mit der ukrainischen Marine gearbeitet

hätten und diese Arbeit fortsetzen würden. Nun planen die USA ihm zufolge, der Ukraine zwei Patrouillenboote der Klasse „Island“ zu übergeben. Auch andere Waffensysteme seien zur Lieferung geplant. Er gab dazu aber keine weiteren Details an.

Im September 2018 hatte der Küstenschutz der USA zwei im Jahre 1988 gebaute Boote – „Drummond“ (WPB-1323) und „Cushing“ (WPB-1321) – an Kiew übergeben.

Zuvor waren Schiffe dieser Art bereits an Georgien und Costa Rica geliefert worden. In den Jahren 1985 bis 1992 hatte der amerikanische Küstenschutz 49 Patrouillenboote der Klasse „Island“ in Dienst gestellt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32359/55/323595593.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. März 3:00 Uhr bis 15. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 11.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Dolomitnoje, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Sajzewo), Jasinowataja, Krutaja Balka, Donezk (Volvo-Zentrum), Nabereshnoje, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 70.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 85.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: Wegen Vorfall in der Straße von Kertsch: EU verhängt Sanktionen gegen acht Personen

Die EU hat wegen des Vorfalls in der Straße von Kertsch gegen acht Menschen Sanktionen verhängt. Eine entsprechende Erklärung wurde am Freitag im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

„Im Zusammenhang mit der Gewalt Russlands, die zum Arrest ukrainischer Militärs und Schiffe in der Straße von Kertsch am 25. November 2018 geführt hat, (...) ist der EU-Rat der Ansicht, dass acht Menschen in die Liste der Personen aufgenommen werden müssen, für die Einschränkungen gelten“, heißt es in dem Dokument.

Unter diesen acht Personen sind der Chef der Grenzverwaltung des Inlandgeheimdienstes (FSB) auf der Krim und Sewastopol, Sergej Stankewitsch, und der Kommandeur der Truppen des Militärbezirkes Süd, Alexander Dwornikow.

Die Entscheidung tritt am Tag der Veröffentlichung in Kraft.

Die russische Küstenwache hatte am 25. November drei ukrainische Schiffe aufgebracht und die 24-köpfige Besatzung, darunter mindestens zwei Geheimdienstler, festgesetzt. Die Schiffe, die Waffen an Bord hatten, wollten ins Asowsche Meer fahren, ohne dass die Durchfahrt zuvor beim russischen Grenzschutz angemeldet worden war.

Die Schiffe mit abgeschalteten Transpondern drangen unerlaubt in das russische Territorialgebiet ein und reagierten nicht auf Warnungen der russischen Seite, dass sie die Staatsgrenze verletzt hätten.

Moskau bezeichnete dies als Verstoß gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen sowie gegen bilaterale Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern.

Wie der russische Präsident Wladimir Putin betonte, handelte es sich um eine „geplante Provokation“, wovon sowohl die Dokumente als auch „die Aussagen der Matrosen selbst“ zeugen würden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32433/39/324333941.jpg>

Dnr-online.ru: Am 14. März haben Störungsbrigaden des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“ die **Reparaturarbeiten an der Unterstation „Sachanka“ abgeschlossen**, die infolge von Beschuss der bewaffneten Formationen der Ukraine bereits am 7. März außer Betrieb gesetzt wurde. Um 17:00 Uhr wurde die Unterstation an das Energiesystem der DVR angeschlossen, alle sechs Ortschaften des Nowoasowskij-Bezirks – Sergejewka, Sachanka, Kominternowo, Saitschenko, Leninskoje und Derschinskoje – haben Strom.

Seit dem 8. März haben die Energietechniker der Republik mit Unterstützung der Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung versucht, mit der ukrainischen Seite ein „Regime der Ruhe“ für den Zeitraum der Arbeiten zu vereinbaren, dies gelang erst gestern. Am 14. März haben die Energietechniker in Begleitung einer operativen Einsatzgruppe des Kohle- und Energieministeriums der DVR den Transformator an der Unterstation repariert, ihn getestet und in Betrieb genommen. Wie der Leiter der operativen Einsatzgruppe Pjotr Tschaschtschin mitteilte, haben die

Mitarbeiter der „Regionalen Energielieferungsgesellschaft“ heute Morgen dann planmäßig die Unterstation „Sachanka“ noch einmal abgeschaltet, um weitere Arbeiten im Netz durchzuführen, dies wird nur einige Stunden in Anspruch nehmen, danach werden die Einwohner des Nowoasowskij-Bezirks wieder Strom haben.

de.sputniknews.com: **Pentagon hält am präventiven Nuklearangriff fest**

Washington darf laut dem Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, Joseph Dunford, die Politik eines präventiven Nuklearangriffs nicht aufgeben, da eine solche Option den Gegner dazu zwingt, ausgewogene Entscheidungen zu treffen.

„Ich denke, dass die derzeitige Politik den Entscheidungsprozess von Gegnern erschwert, ich würde keine Änderungen empfehlen“, sagte Dunford bei einer Anhörung im US-Kongress.

Damit kommentierte er einen von den demokratischen Senatoren Ende Januar eingebrachten Gesetzentwurf, der ein Verbot des präventiven Nuklearschlags festlegen sollte.

Dunford hat laut Medienberichten außerdem darauf hingewiesen, dass er eine Reihe von Umständen zulässt, die in der Zukunft auf höchster Ebene zu einer Diskussion über den nuklearen Erstschatz führen könnten.

Derzeit behalten sich die Vereinigten Staaten das Recht auf einen präventiven Nuklearschlag vor. Nach dem Amtsantritt von Donald Trump hatten Vertreter der Demokratischen Partei wiederholt einen Gesetzentwurf vorgeschlagen, der die Möglichkeit eines solchen Angriffs einschränken würde. Zuletzt hatten die Demokraten Ende Januar dieses Jahres dazu aufgefordert, den USA den nuklearen Erstschatz zu verbieten.

Dan-news.info: Eine festliche Kundgebung aus Anlass des fünften Jahrestages des Referendums auf der Krim zur Wiedervereinigung der Krim mit Russland im Jahr 2014 fand in Simferopol statt. Ihm ging ein vieltausendköpfiger Demonstrationszug von Einwohnern und Gästen der Krim durch die Hauptstraßen der Hauptstadt der Republik voraus.

Die Kundgebung fand am Gebäude des Staatsrats der Republik Krim statt und vereinte etwa 5000 Menschen. Unter den Teilnehmern waren die Oberhäupter der DVR und der Krim Denis Puschilin und Sergej Axjonow, der Vorsitzende der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin, das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik, die Vorsitzenden aller vier Dumafractionen sowie andere Politiker und gesellschaftlichen Aktivisten Russlands und europäischer Länder.

„Vor fünf Jahren vereinigte sich ein Volk wieder, das eine Geschichte, einen Glauben, eine Kultur und ein Land hat – unser Russland. Die Krim wurde vor fünf Jahren ein Symbol der nationalen Einheit. Die Krim vereinigte unser Land und die ganze Zivilgesellschaft. Uns ist wichtig, dass wir zusammen sind“, sagte Wolodin bei seiner Rede.

Axjonow unterstrich, dass der Wille und der Mut der Einwohner der Krim im Jahr 2014 zur Rückkehr der Republik in ihre historische Heimat – Russland – führten. „Das ganze Land unterstützte uns, wir wussten, dass Russland hinter uns steht, dass man uns nicht im Stich lassen wird und wir unsere Interessen verteidigen und schützen werden“, sagte er.

Die Veranstaltung wurde durch Auftritte von Künstlerkollektiven der Republik Krim begleitet. Zuvor hatte das Oberhaupt der DVR gemeinsam mit russischen Politiker Blumen am Denkmal für die Volksmiliz in Simferopol niedergelegt.

Bei einem Referendum auf der gesamten Krim sprach sich am 16. März 2014 die absolute Mehrheit der Einwohner der Halbinsel – mehr als 95 Prozent – für die Wiedervereinigung mit Russland aus. Nach zwei Tagen wurde in Moskau das historische Abkommen über die Aufnahme von zwei neuen Subjekten – der Republik Krim und Sewastopols – in die Russische Föderation unterzeichnet.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/03/dan-news.info-2019-03-15_07-45-38_392988--3-1024x683.jpg



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/03/dan-news.info-2019-03-15_07-53-48_952112--6-1024x683.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Kaliningrad: Weiteres S-400-Regiment in Bereitschaftsdienst versetzt**

Ein weiteres Regiment mit Raketenabwehrkomplexen S-400 „Triumph“ ist in der russischen Exklave Kaliningrad in das Diensthabende System aufgenommen worden. Das teilte der Pressedienst der Baltischen Flotte am Freitag mit.

Demnach ging dem Beginn des Bereitschaftsdienstes eine feierliche Zeremonie voraus. „Nach dem feierlichen Ritual wurden die Fla-Raketen-Komplexe S-400 ‚Triumph‘ in Bereitschaftsdienst versetzt und in den Schutz des Luftraumes des Gebiets Kaliningrad integriert“, heißt es in der Mitteilung.

Der Veranstaltung wohnten Vertreter des Flottenkommandos, der Luftabwehr-Einheiten sowie Militärangehörige des Regiments bei. Dieses Regiment wurde im Rahmen des staatlichen Rüstungsauftrages in den Dienst der Baltischen Flotte gestellt.

Der Raketenabwehrkomplex S-400 „Triumph“ ist zur Bekämpfung von Störflugzeugen, AWACS-Flugzeugen, Aufklärungsflugzeugen, Flugzeugen der strategischen Fernfliegerkräfte, operativ-taktischen ballistischen Raketen, ballistischen Raketen mittlerer Reichweite, Hyperschall-Zielen und anderen modernen offensiven Flugmitteln bestimmt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31919/24/319192460.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage an der Kontaktlinie vom 9. bis 15. März 2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **elfmal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadier- und der 30. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Drapatyj und Garas die Gebiete von **Dolomitnoje, Sajzewo** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij und Mischantschuk aus **Jasinowataja, Krutaja Balka** und der **Flughafen von Donezk** Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade und der 128. Gebirgsturmbriade unter Kommando der Kriegsverbrecher Kuratsch und Sobko die Gebiete von **Sachanka** und **Nabereshnoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 52 Beschießungen auf die Gebiete von 20 Ortschaften der Republik** festgestellt, wobei Antipanzerlenkraketen, Mörser der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt wurden.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Kämpfer ihre aggressiven Handlungen auf die Vernichtung von Objekten der zivilen Infrastruktur konzentriert. Am 13. März 2019 gerieten während der Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten in der Nähe der Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK und eine Reparaturbrigade des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ von den Positionen der 93. mechanisierten Brigade aus unter Granatbeschuss. Trotz des von den Verhandlungsseiten vereinbarten Waffenstillstands und trotz des Erhalts von Sicherheitsgarantien von der ukrainischen Seite im GZKK haben die BFU zielgerichtet auf die Arbeiter, die die Reparaturen durchführten, und das lebenswichtige

Infrastrukturobjekt geschossen. Durch glücklichen Zufall konnten Opfer unter den Mitarbeitern des GZKK vermieden werden.

Infolge von Beschuss wurde die Umzäunung der Wasiljewer Pumpstation erster Ebene der Jushno-Donbasskij-Wasserwerke beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

Infolge von hinterhältigem Beschuss von Seiten der ukrainischen bewaffneten Banden **starb einer unserer Helden bei der Erfüllung seiner Pflicht.**

Alle Informationen werden mit Foto- und Videomaterialien an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, geschickt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren übergeben.

Beim Monitoring der festgelegten Lagerorte für abgezogene Waffen der ukrainischen Streitkräfte haben die OSZE-Beobachter als fehlend festgestellt:

28 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“,
3 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwosdika“,
22 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“,
2 120mm-Artilleriemörser „Nona-S“,
6 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad“.

Außerdem haben die Beobachter der OSZE-Mission folgende Waffen der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, die in Verletzung der Abzugslinien stationiert sind:

9 122mm-Haubitzen „Gwosdika“,
24 T-64-Panzer,
3 120mm-Artilleriemörser „Nona-C“.

Im Zusammenhang mit der Zunahme der Beschuldigungen gegenüber der ukrainischen Seite bezüglich der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zum Abzug von schweren Waffen an Lagerorte durch die OSZE-Mission, wobei diese Fakten auch in ihren offiziellen Berichten zum Ausdruck kommen, hat das ukrainische Militärkommando **Tätigkeiten zur Verhinderung der Entdeckung verbotener Waffen** auf den Positionen aktiviert. Neben einer inoffiziellen Anweisung an die Kommandeure der Einheiten, die OSZE-Mitarbeiter nicht an die Stationierungsorte schwerer Waffen zu lassen, haben **auf Befehl des Kommandeurs der OOS** auf einem Übungsplatz der 79. Luftsturmbrigade am 9. März **Übungen von Abwehrraketenmannschaften** aller Einheiten, die entlang der Kontaktlinie stationiert sind, stattgefunden. Als grundlegendes Ziel der Übungen wurde der **Kampf gegen OSZE-Drohnen und die Erarbeitung von Fertigkeiten zu ihrer Vernichtung** gesetzt.

In der letzten Woche betrug die **Verluste des Gegners fünf Tote und acht Verletzte**. Der hauptsächlichste Teil der nicht kampfbedingten Verluste ist nach wie vor durch unvorsichtigen Umgang mit der Waffe und durch das Geraten auf Sprengeinrichtungen bedingt.

Wie wir schon erklärt haben, hat am 11. März ein Soldat der BFU im Gebiet von Newelskoje im Donezker Oblast sich und zwei Kameraden auf den Positionen in die Luft gesprengt. Der Verursacher und ein weiterer Soldat starben infolge der Detonation. Nach seiner Gewohnheit hat das Kommando der BFU diesen Fall gegenüber der Öffentlichkeit verheimlicht, aber ukrainische Massenmedien haben sich für diesen Fall interessiert und unsere Informationen bestätigt. Wir hoffen, dass die ukrainischen Massenmedien sich auch für Dutzende weitere derartiger Fälle interessieren werden, über die der Stab der OOS schweigt. Wie zum Beispiel die Detonation einer Granate in der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Awdejewka, in deren Folge ein Soldat Splitterverletzungen erlitt.

Wie es die Regel ist, verheimlicht das ukrainische Kommando derartige Informationen gegenüber der Öffentlichkeit und den Verwandten der Toten und beschuldigt die Volksrepubliken des Todes der Soldaten.

Trotz der regelmäßigen komplexen Kontrollen der Lager für Raketenartilleriewaffenlager und der Aufnahme von Strafverfahren gegen Funktionsträger hat der Diebstahl von Waffen nach wie vor Massencharakter, und diese ertragreiche Geschichte endet nicht. Die schwierigste

Lage in Fragen der Bewachung der Lager besteht in der 79. Luftsturm-, der 128. Gebirgss Sturm- und der 24. mechanisierten Brigade. Im Ergebnis der Kontrolle fehlten in den Lagern mehr als hundert Stück Waffen, darunter großkalibrige. Die Waffen werden nicht nur verkauft, sondern auch vom Personal, das in die Reserve geht, ins Landesinnere gebracht, um sie zu verkaufen oder um sie zur Verwendung im Fall einer Verschärfung der sozialen Lage bereit zu halten. In diesem Zusammenhang ist eine Aktivierung von Mitarbeitern des SBU zu bemerken, die massenhaft an den Wohnorten von Veteranen Razzien veranstalten und Durchsuchungen verschiedener Art bei Veteranenkomitees und -organisationen durchführen. Aber der SBU kann sich nicht mit realen Erfolgen brüsten, weil die Ukraine mit Waffen überfüllt ist. In Kiew kann man ein Kalaschnikow-Maschinengewehr für tausend Dollar und eine Makarow-Pistole für 400 Dollar kaufen.

Das **Problem der geringen Personalausstattung der Einheiten ruft beim Kommando der BFU nach wie vor Kopfschmerzen hervor**. Die katastrophale Lage mit dem Personal zwingt das Verteidigungsministerium der Ukraine, verschiedene Arten von Kommissionen in die Einheiten zu schicken, um sich mit der Lage vor Ort bekannt zu machen. So wurde am 12. März die Ankunft einer Kommission der Hauptabteilung Personal des Generalstabs der BFU in der 128. Gebirgss Sturmbrigade bemerkt, die die Organisation der Personalarbeit überprüfen soll und feststellen, ob das Personal den eingenommenen Funktionen entspricht. Der Besuch der Kommission ist durch die geringe Personalausstattung der Brigade bedingt, die 40% des planmäßigen beträgt. Und das sagen wir über eine der Eliteeinheiten der BFU. Den Zustand der Personallage in den gewöhnlichen Truppenteilen kann man nur raten.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen des Präsidenten der Ukraine bemerken wir eine Aktivierung der **Besuche von Vertretern Poroschenkos zur Durchführung von Agitation** unter den Soldaten. Nach wie vor haben nur Vertreter des derzeitigen Präsidenten Zugang zu den Truppenteilen, für die übrigen ist der Zugang verboten. Im Zusammenhang der Verschärfung der Beziehungen zwischen Poroschenko und den nationalistischen Einheiten und seinem äußerte niedrigen Rating unter den Soldaten (nach Angaben einer internen Umfrage, vertrauen nur 2 Prozent Poroschenko und ziehen den Nationalisten Koschulinskij vor) hat der Kommandeur der OOS Najew die Anweisung gegeben, die nationalistischen Einheiten an die Front zu verlegen und ihre Beteiligung an den Wahlen zu verhindern.

Dies hat **Empörung bis hin zur Nichtunterordnung beim Kommando der nationalistischen Formationen** hervorgerufen und um die Lage zu entspannen, hat gestern Poroschenko persönlich die Einheit „Asow“ besucht, um sich mit den Soldaten zu unterhalten. Aber die Gespräche sind nicht gelungen, man hat ihn nicht einmal begrüßt und der oberste Kommandeur hat auf die Schnelle einen vorbereiteten Redetext verlesen und sich schmachvoll zurückgezogen. Wir schließen nicht aus, dass sich nach diesem Besuch und den vorhergehenden Fällen von Auseinandersetzungen Poroschenkos mit Nationalisten eine Reihe von Repressionen gegen Führer nationalistischer Bewegungen bis hin zur physischen Beseitigung folgen wird sowie die Auffüllung der Datenbank „Mirotworez“ mit aktiven Frontsoldaten.

In der letzten Woche fanden Schießübungen der transportablen und selbstfahrenden Artillerie der Volksmiliz der DVR von verdeckten Feuerpositionen statt, bei denen die Artillerieeinheiten Feueraufgaben zum Angriff verschiedener Ziele des Gegners, zu ferngesteuerten Verminung, zur Lichtgewährleistung bei Kampfhandlungen der Einheiten und zur Rauchtrübung beim Gegner erfüllten.

de.sputniknews.com: **Moskau warnt: Terroristen bereiten Inszenierung von Chemieattacke in Idlib vor**

Die Kämpfer von Hai'at Tahrir asch-Scham bereiten laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, die Inszenierung einer Chemieattacke vor.

„Wir beobachten aufmerksam die Situation in der Deeskalationszone in Idlib. Die dort agierenden Terroristen der Nusra-Allianz, Hai'at Tahrir asch-Scham, hören nicht mit provokatorischen Aktionen gegen die Regierungstruppen auf“, sagte Sacharowa bei ihrem heutigen Briefing.

Seit Anfang des Jahres wurden ihr zufolge mehr als 460 solche Vorfälle registriert, denen über 30 Menschen zum Opfer fielen und bei denen circa 100 Menschen verletzt wurden.

Die Kampfstoffe der Terroristen befinden sich demnach in Verstecken in den syrischen Provinzen Aleppo, Idlib, Latakia und Hama.

Die neue Provokation mit dem Einsatz von Giftstoffen werde unter Mitwirkung der „Weißhelme“ vorbereitet. Die Kämpfer planen Sacharowa zufolge, Damaskus für die Attacke verantwortlich zu machen.

Die „Weißhelme“ präsentieren sich als Beschützer der Zivilbevölkerung in Syrien ohne politische Agenda. Der Organisation wird jedoch vorgeworfen, inszenierte Videos aus Syrien zu verbreiten: So haben syrische Journalisten mehrere Aufnahmen gezeigt, auf denen die „Rettungskräfte“ mit Waffen und in Militäruniform zu sehen sind. Das russische Außenministerium bezeichnete die Tätigkeit der „Weißhelme“ als Teil der Verleumdungskampagne gegen die syrische Regierung.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32433/88/324338851.jpg>

de.sputniknews.com: **Sacharowa über absurdes Verhalten des Westens gegenüber Syrien**

Die Handlungen des Westens, der Spendenmittel für den Wiederaufbau Syriens sammelt und zugleich die gegen dieses Land verhängten Sanktionen aufrechterhält, sind nach Auffassung der amtlichen Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, absurd.

In Brüssel hat zuvor die 3. EU-Geberkonferenz unter dem Motto „Die Zukunft von Syrien und der Region unterstützen“ stattgefunden. Das Anliegen des dreitägigen Treffens war es, Spendengelder zu sammeln, um Flüchtlinge bzw. Hilfsbedürftige zu versorgen.

Bei einem Briefing in Moskau sagte die Sprecherin: „Die russische Seite hat den Diskussionsraum in Brüssel mit dem Ziel genutzt, alle verantwortlichen Mitglieder der Völkergemeinschaft von der Verderblichkeit der einseitigen Sanktionen zu überzeugen, die von etlichen westlichen Ländern gegen Damaskus verhängt wurden und die die humanitäre Situation in Syrien nur verschlechtern ...“

Es ist eine pure Absurdität, wenn man einerseits Geld, ja Millionen Dollar zur Unterstützung Syriens und der Syrer sammelt, über ihre Notlage spricht, nichtstaatliche Fonds bildet und enorme Geldsummen an diese Fonds und Strukturen überweist und andererseits blockierende Sanktionen verhängt. Diese beiden Dinge widersprechen einander total“, sagte Sacharowa. Nach Angaben der Uno sind in Syrien noch immer 11,7 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini machte deutlich, dass das in

Brüssel gesammelte Geld ausschließlich in humanitäre Hilfe nach Syrien fließen werde. Damit solle auch die politische Macht des „Assad-Regimes“ außen vor gelassen werden. Stattdessen verschärft der Westen seine Sanktionen gegen die syrische Wirtschaft.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32411/18/324111801.jpg>

de.sputniknews.com: **Caracas: An US-Botschaft weht keine US-Flagge mehr**

Angesichts der Rückkehr der US-Diplomaten in ihre Heimat ist am Donnerstag die Staatsflagge der USA vom Gebäude der Botschaft des Landes in Caracas entfernt worden. In einem vom TV-Sender TVV veröffentlichten eineinhalb-minütigen Video ist zu sehen, wie ein Mann in Militäruniform mit dem ordentlich gefalteten Fahnentuch auf den interimistischen Geschäftsträger der USA, James Story, zugeht.

Kurz danach verließen die noch in Caracas verbliebenen US-Botschaftsmitarbeiter die venezolanische Hauptstadt. Dies bestätigte sowohl das US-Außenministerium als auch das Außenministerium Venezuelas.

Ende Januar hatte Washington beschlossen, alle nicht dringend benötigten US-Diplomaten aus Venezuela abzuziehen.

Anfang März hatte der venezolanische Präsident Nicolás Maduro den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA angekündigt und die US-amerikanischen Diplomaten aufgefordert, das Land innerhalb von 72 Stunden zu verlassen. US-Außenminister Mike Pompeo hatte diese Forderung jedoch abgelehnt und zudem erklärt, Maduro habe nicht die nötigen Befugnisse, um solche Entscheidungen zu treffen. Zuvor hatte US-Außenminister Mike Pompeo erklärt, dass die USA demnächst ihr noch verbliebenes Botschaftspersonal aus Venezuela abziehen würden. Pompeo begründete diese Entscheidung damit, dass sich die Lage in Venezuela weiter verschlechtert habe. Außerdem sei die Präsenz der US-Diplomaten in der Botschaft in Caracas zu einer „Behinderung“ für die US-Politik geworden.

Am 23. Januar 2019 hatte sich der Oppositionsführer Juan Guaidó zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt.

Die USA sowie mehrere Länder Lateinamerikas und weltweit auch andere, darunter das EU-Parlament, hatten ihn daraufhin umgehend als Interimsstaatschef anerkannt.

Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den USA inszenierten Putsch-Versuch sprach.

Mil-Inr.info: Wöchentliche Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 9. bis 15. März 2019
Guten Tag! Heute informiere ich über Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR und

die Lage an der Kontaktlinie in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Dabei haben die von Kiew kontrollierten Kämpfer Granatwerfer, großkalibrige und Schusswaffen verwendet.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 17-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Dabei hat der Gegner 120mm- und 82mm-Mörser, Antipanzerraketenkomplexe, Granatwerfer verschiedener Art, Schützenpanzerwaffen, großkalibrige und Schusswaffen eingesetzt.

Auf das Territorium der Republik wurden insgesamt **mehr als 260 Geschosse abgefeuert**.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **neun Ortschaften beschossen**. Traditionsgemäß hat das ukrainischen Militärkommando im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk Versuche unternommen, die Lage an der Kontaktlinie zu destabilisieren.

Am 12. März hat eine Diversions- und Erkundungsgruppe aus der 10. Gebirgssturmbriade der ukrainischen Streitkräfte einen Versuch unternommen, im Gebiet von Shelobok auf das Territorium der Republik einzudringen, wurde aber von unseren Soldaten bemerkt. Während des Abzugs ist der Gegner auf ein Minenfeld geraten und erlitt Verluste – drei ukrainische Soldaten starben.

Leider gab es auch Opfer unter unseren Verteidigern, **zwei Verteidiger unserer Republik starben, als sie aggressive Handlungen des Gegners unterbanden**.

Wir bringen den Verwandten und Freunden der Toten unser tiefes Mitgefühl zum Ausdruck und rufen die internationalen Beobachterorganisationen auf, auf Kiew einzuwirken und es zu zwingen, zu den erreichten Friedensvereinbarungen zurückzukehren.

Die Vertreter der OSZE-Mission stellen regelmäßig die Ergebnisse des Beschusses des Territoriums der Republik von Seiten der ukrainischen Streitkräfte fest.

Am 11. März wurde in Solotoje-5 in der Potschtowaja-Straße 34 ein Haus beschädigt, es gibt auch einen frischen Krater 4-5 Meter vom Haus entfernt.

Ein weiterer empörender Fall der Verletzung des Regimes der Feueinstellung durch die ukrainischen Truppen ereignete sich am selben Tag. Im Gebäude einer in Betrieb befindlichen Schule in der Friedensstraße ebenfalls von Solotoje-5 gab Kugeleinschüsse. Der Beschuss der Schule durch die ukrainsichen bewaffneten Formationen erfolgte nachts, deshalb konnten Opfer vermieden werden.

Einen Tag zuvor hat eine Drohne der OSZE einen Schützenpanzer der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje-4 festgestellt. Ein weiterer Schützenpanzer wurde von Vertreterin der Mission in der Nähe von Popasnaja bemerkt und sieben Schützenpanzer im Gebiet von Muratowo. Im Gebiet des von den Kiewer Truppen kontrollierten Starj Ajdar in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie hat eine Drohne der Mission ein Abwehrgeschütz festgestellt.

Alle diese Waffen werden von den Kiewer Truppen zum Beschuss von Ortschaften der Republik verwendet.

Vertreter der OSZE-Mission stellen weiter verbotene Technik der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie fest. In der letzten Woche wurden folgende Waffensysteme außerhalb der Lagerorte registriert:

9 Haubitzen „Gwosdika“ in der Nähe von Nowoajdar;

3 Artilleriehaubitzen „Nona-S“ im Gebiet von Nowoajdar;

1 Abwehrraketenkomplex „Osa“ in Nowoachtyrka.

Außerdem hat die Mission in der letzten Woche das Fehlen von 15 von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen in den Abzugsorten festgestellt:

28 Haubitzen „Akazija“;

3 Haubitzen „Gwosdika“;

22 Antipanzergeschütze „Rapira“;
2 Artilleriegeschütze „Nona-S“;
2 Mehrfachraketenwerfer „Grad“.

Nach uns vorliegenden Informationen wird die Mehrzahl dieser Waffen von den ukrainischen Streikkräften zum Beschuss des Territoriums unserer Republik verwendet und ist in Wohngebieten von durch die Strafruppen besetzten Ortschaften konzentriert. Diese Fakten bestätigen den Unwillen der ukrainischen Seite, einen friedlichen Dialog zu führen und die Vereinbarungen zu einer friedlichen Regelung der Situation im Donbass zu erfüllen. Wir bitten die Vertreter der OSZE auf diese Fakten besonders zu achten.

Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, der Kriegsverbrecher Majstrenko, sich durch eine nachlässige Haltung zur Ausübung seiner Pflichten auszeichnet, dadurch ist das moralisch-psychische Niveau der Soldaten der Brigade äußerst gering, Alkoholismus und Drogenabhängigkeit sind weit verbreitet. Es ist eine **Zunahme der Zahl der Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils durch ukrainische Soldaten** festzustellen, die den verbrecherischen Charakter des Dienstes in den Reihen der ukrainischen Armee erkannt haben.

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die militärischen Behörden der Republik gemeinsam mit der Volksmiliz erfolgreich eine Operation zur Gewährleistung des Übergangs des Soldaten der 54. Brigade Magdenko durchgeführt, der auf die Seite der LVR übergehen wollte.

Der Soldat Magdenko, der die Ungerechtigkeit und Gemeinheit der vom Kiewer Regime durchgeführten Politik gegenüber der Bevölkerung des Donbass erkannt hat, hat uns nicht nur Informationen über die Lage der Truppen des Gegners mitgeteilt, sondern auch Informationen über die reale Lage der Dinge in der ukrainischen Armee. Die von ihm vorgestellten Informationen beleuchten die kriminelle Tätigkeit des Kommandos der 54. Brigade zur Verheimlichung von kampfbedingten Verlusten, zum Beschuss von Ortschaften der Republik, über von Majstrenko organisierte korruptive Schemata und Waffenschmuggel sowie über Maßnahmen, um das Personal des Verbandes zu zwingen, für Poroschenko zu stimmen, den die Mehrheit der Soldaten nicht unterstützt und des Zerfalls der ukrainischen Streitkräfte beschuldigt.

Nach Mitteilung einer zuverlässigen Person in der 54. Brigade ist in der Brigade eine außerplanmäßige Kommission des Stabs der OOS eingetroffen, um die Informationen über das Fehlen des Soldaten zu überprüfen. Der Kommandeur und der Stabschef des Verbandes teilten im Zusammenhang mit dem Fehlen von Berichtsdaten und persönlichen Dingen des Soldaten Magdenko mit, dass ein solcher Soldat im Truppenteil nicht erfasst ist und versuchen so die Offiziere der Kommission in die Irre zu führen.

Um diese Version zu dementieren, demonstrieren wir hier persönliche Dinge des angeblich nicht existierenden Soldaten der 54. Brigade Magdenko, die er bei sich hatte. Dies alles bestätigt ein weiteres Mal das Fehlen einer Kontrolle durch den Brigadekommandeur Majstrenko über die Soldaten, die ungehindert den Truppenteil verlassen und Dokumente und ihre Dienstwaffe mitnehmen.

Auf Anweisung des Kommandeurs der OOS Najew wurden in andere Verbände und Truppenteile der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Kommissionen zur Kontrolle des Personals geschickt.

Im Vorfeld ihres Berufsfeiertags und der Präsidentschaftswahlen strebt der SBU danach, der Führung des Landes die Ergebnisse seiner angeblichen Siege zu demonstrieren. Zu diesem Zweck haben die Spezialdienste die Arbeit zum Verbreiten von Mitteilungen und minderwertigen Videos über die Festnahme von angeblichen Unterstützern von Terroristen verstärkt. Bei der Erstellung dieser Materialien zeigt der SBU vorgeschobene Personen, er scheut sich nicht Menschen ohne festen Wohnsitz zu verwenden, die für eine gewisse Summe bereit sind, vor der Kamera alles mögliche zuzugeben. Traditionsgemäß ist bei allen festgenommenen das Gesicht verdeckt und sie sprechen ein und denselben Text, der zuvor

von den operativen Mitarbeitern erstellt wurde.

Oft nehmen die ukrainischen Tschekisten an den Checkpoints oder KPPs friedliche Einwohner fest und geben sie als Verbrecher aus. Allein seit Beginn dieses Jahres haben Mitarbeiter der Staatssicherheit „heftige Aktivität“ gezeigt und etwa 20 Personen festgenommen. Nach solchen Festnahmen verschwinden die Helden der schändlichen Videos auf rätselhafte Weise, ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt. Das letzte Beispiel angeblicher Siege der ukrainischen Spezialdienste waren Mitteilungen über auf die Seite der Ukraine übergegangene angebliche Bürger der Republik – Jakowenko und Sergejenko.

In den Massenmedien wird nicht selten über die Arbeitsmethoden von Mitarbeitern des SBU berichtet, die Menschen entführen, sie in geheimen Gefängnissen festhalten und aus ihnen die notwendigen Geständnisse herausprügeln. Nach den Worten ehemaliger Gefangener sterben viele Häftlinge, den Gefangenen werden Finger gebrochen, man zerschlägt ihnen die Nieren, Elektroschocks werden verwendet, man bedroht die Familien der Festgenommenen mit Vergeltung. Die Informationen über die Verletzung der Rechte der Gefangenen werden in den Berichten internationaler Rechtsschutzorganisationen bestätigt.

Eine solche Situation besteht in den geheimen Gefängnissen des SBU aufgrund des Fehlens einer Kontrolle von Seiten der Aufsichtsorgane. Es ist durchaus möglich, dass all diese Ausschreitungen mit ihrer schweigenden Zustimmung geschehen. Denn es ist für niemanden ein Geheimnis, dass die ukrainischen Spezialdienste in erster Linie der derzeitigen Führung der Ukraine missliebige Personen liquidieren, die die versuchen der Weltöffentlichkeit die Wahrheit mitzuteilen.

In diesem Zusammenhang sind wir gezwungen, uns an die Vertreter des UN-Rats für Menschenrechte mit dem Aufruf zu wenden, das weitere Schicksal der vom SBU festgenommenen Zivilisten aufzuklären, die der Unterstützung des Terrorismus beschuldigt werden. ...

Zur Rehabilitation, und um den Schmutz von der Rüstungsindustrie abzuwaschen, sowie zur Erhöhung seines Ratings unter den Soldaten als einzige Hoffnung auf dem Weg zum Sieg plant Poroschenko am 20. März auf dem Militärflughafen „Starokonstantinow“ im Oblast Chmelnyzki eine Wahlkampfshow zu veranstalten und neue 82mm-Mörser aus dem Konzern „Ukroboronprom“ in die Truppenteile zu schicken.

Die Korruption bei „Ukroboronprom“ führt zum Verlust der Qualität der produzierten Waffen, was wieder die Ursache für den Tod von ukrainischen Soldaten ist.

Nach Informationen unserer Quellen ist geplant 18 Mörser in die 30. mechanisierte Brigade zu geben, 13 in die 54. Brigade, je 24 in die 20. Gebirgssturm- und die 25. Luftsturmbrigade. Nach unseren Informationen haben sich Vertreter der Militärkommission des Verteidigungsministeriums der Ukraine geweigert, die Abnahme dieser Partie Mörser zu unterschreiben, weil die in Eile konstruierten Waffen vom Standard abweichen. Aber ein folgender Anruf aus dem Apparat des Präsidenten hat zurückhaltende Militärs gezwungen, diese Waffen anzunehmen.

Im Zusammenhang mit den billigen populistischen Methoden der Erhöhung des Ratings von Poroschenko erwarten wir am Ende des Monats nicht nur eine Zunahme des Beschusses unserer Republik, sondern auch eine Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste bei den ukrainischen Streitkräften. Indem er seine Soldaten riskiert, plant Pjotr Alexejewitsch bei den Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

Zum Abschluss will ich erklären, dass die strenge Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung ein untrennbarer Teil des Maßnahmenkomplexes zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit unserer Republik ist. Unsere Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts bleiben unverändert. Die Einheiten der Volksmiliz eröffnen das Feuer nicht, aber tun wachsam Dienst. Im Fall einer Gefahr oder Provokation von Seiten der ukrainischen Truppen sind wir bereit, eine adäquate Antwort zu geben.

de.sputniknews.com: **Duma-Chef: So viel musste Krim als Bestandteil der Ukraine verlieren**

Der Vorsitzende der Staatsduma (russisches Unterhaus), Wjatscheslaw Wolodin, hat den Auftrag erteilt, die wirtschaftlichen Verluste, die die Krim in der Zeit ihrer Zugehörigkeit zur Ukraine erleiden musste, einzuschätzen.

„Die Ukraine (...) ist mit der Krim sehr, sehr unfair umgegangen: Es wurden die Grundrechte der Bürger – das Recht, die Muttersprache zu sprechen und die muttersprachliche Bildung zu erhalten, – verletzt. Die Ukraine hat die Wirtschaft der Krim und von Sewastopol ruiniert“, sagte Wolodin am Freitag in einer gemeinsamen Sitzung des Rates der Staatsduma und des Staatsrates der Autonomen Republik Krim.

Der Duma-Chef hat die Fachausschüsse beauftragt, „diese Frage zu untersuchen und zu analysieren und die Verluste der Krim-Wirtschaft durch die von der Ukraine lancierte verheerende Politik zu berechnen und zu klären, wie viel das Volk verloren hat und welche Rechte verletzt wurden“.

Laut Wolodin sollte man die Ukraine über europäische Parlamentsstrukturen verpflichten, die Verluste, die die Krim-Bürger in 25 Jahren erlitten hätten, wiedergutzumachen.

Der Duma-Vorsitzende erinnerte ferner daran, dass die Wirtschaft der Krim nach deren Wiedervereinigung mit Russland einen qualitativen Sprung nach vorne vollbracht habe. Im Jahr 2018 sei die Republik beim regionalen Bruttoproduct pro Kopf mit 2935 Euro auf Platz 40 in Russland gestiegen. Vor fünf Jahren habe sie an der zweitletzten Stelle gelegen.

Wie der Chef der Republik, Sergej Aksjonow, anmerkte, hat die Krim nach der Wiedervereinigung mit Russland eine Riesenhilfe erhalten. „Das Modernisierungsprogramm, das jetzt in der Republik Krim umgesetzt wird, hat seit 50 Jahren nicht dergleichen gehabt“, fügte er hinzu.

de.sputniknews.com: **„Unsere großartige Nation“: USA bestrafen nun auch das Weltstrafgericht**

Die US-Regierung wird laut Außenminister Mike Pompeo nicht länger dulden, dass der Internationale Strafgerichtshof (ICC) zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen amerikanischer Soldaten in Afghanistan ermittelt: Die Vereinigten Staaten verhängen ab sofort Sanktionen gegen alle Vertreter des Den Haager Gremiums, die an solchen Ermittlungen beteiligt sind. „Ich verkünde die Politik der Einreiserestriktionen gegen diejenigen, die für Ermittlungen des ISG gegen amerikanische Soldaten verantwortlich sind“, erklärte Pompeo am Freitag in Washington. Die USA würden die Visa der entsprechenden Personen zurücknehmen und keine neuen erteilen. „Diese Politik wird bereits angewandt.“

Die Restriktionen werden ihm zufolge alle treffen, die Ermittlungen gegen Angehörige der US-Armee anfragen oder durchführen. Darüber hinaus könnten sie auf Richter und Staatsanwälte ausgedehnt werden, die gegen Armeeinghörige Israels und anderer Verbündeter Amerikas vorgehen.

„Wir sind entschlossen, das amerikanische und das verbündete militärische und zivile Personal davor zu schützen, in Angst zu leben, dass sie wegen Aktionen zur Verteidigung unserer großartigen Nation einer ungerechten Strafverfolgung ausgesetzt werden“, so der amerikanische Außenminister laut „The Washington Post“.

Mit Sanktionen gegen die internationalen Ermittler hatte bereits der US-Sicherheitsberater John Bolton 2018 gedroht. Zwei Jahre davor hatte die Chefanklägerin Fatou Bensouda in einem Bericht festgestellt, dass Angehörige der US-Armee und CIA-Mitarbeiter in den Jahren 2003 und 2004 in Afghanistan möglicherweise Kriegsverbrechen begangen haben. Nach den Vorwürfen erklärte Bolton, dass der Internationale Strafgerichtshof für die USA „schon tot“ sei.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32434/19/324341916.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Krim „wie zu Stalin-Zeiten“: Lügt der Ukraine-Botschafter im Deutschlandfunk?**

Am 16. März wird der fünfte Jahrestag des Referendums auf der Krim begangen, bei dem 96,7 Prozent der Einwohner der Halbinsel für den Beitritt zu Russland gestimmt haben. Dies nutzt der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andriy Melnyk, als Anlass, schiefe Analogien zur Vergangenheit zu konstruieren.

„Die Krim ist eine offene Wunde, eine blutende Wunde, denn in diesen fünf Jahren verwandelte die russische Besatzungsmacht die Halbinsel in eine Zone der Gewaltherrschaft und Rechtlosigkeit. Die Menschenrechte werden buchstäblich mit FSB-Füßen brutal getreten“, behauptet der Diplomat in einem Interview für den Sender Deutschlandfunk am Freitag.

Belege oder zumindest Hinweise, wo sich konkret so etwas auf der Halbinsel abgespielt hat, gibt es selbstverständlich nicht. Dafür aber noch eine Behauptung: „Die Krimtataren, eine große Minderheit, werden verfolgt, fast wie zu Stalin-Zeiten.“

Sputnik sprach zu dem Thema mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Krim-tatarischen Kulturgemeinschaften der Türkei, dem Vorsitzenden des Fonds für Krim-Entwicklung, Ünver Sel.

Das russische Generalkonsulat in Istanbul hat zu diesem Jubiläum einen ausführlichen Bericht über das Leben auf der Krim nach der Wiedervereinigung mit Russland erstellt, wobei eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen hervorgehoben wurde, insbesondere für die Krim-Tataren: Das Lebensniveau sei gestiegen, die Infrastruktur entwickle sich immer weiter; Fortschritte ließen sich auch auf solchen Gebieten wie Wirtschaft und Tourismus beobachten.

Ünver Sel kommentiert dies und berichtet über einen Informationskrieg, den die ukrainischen Behörden und verschiedene Länder Europas seit fünf Jahren gegen die Krim führen sollen. Nach Auffassung des Experten besteht der größte Fehler der Ukraine, die vom Westen unterstützt wird, darin, dass sie ständig von einer „Besatzung“ der Krim durch Russland redet. „Die ukrainischen Behörden verbreiten in der Welt schon seit fünf Jahren unverhohlene Lügen über die Krim. Die Ukraine behauptet, Russland hätte ‚die Krim okkupiert‘, wobei diese Entscheidung im Laufe eines Referendums getroffen wurde, die auf der Halbinsel in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht stattgefunden hat. Aber damit finden die von Kiew verbreiteten Desinformationen über die Halbinsel kein Ende. Die ukrainischen Behörden

behaupten, auf der Krim würden Einwohner verhaftet, entführt oder getötet. Das sind aber alles Lügen. Auf der Krim werden nur Mitglieder der in Russland verbotenen terroristischen Gruppierung Hisb-ut-Tahrir festgenommen. Es gibt dort keine systematischen Entführungen oder Morde“, so Ünver Sel.

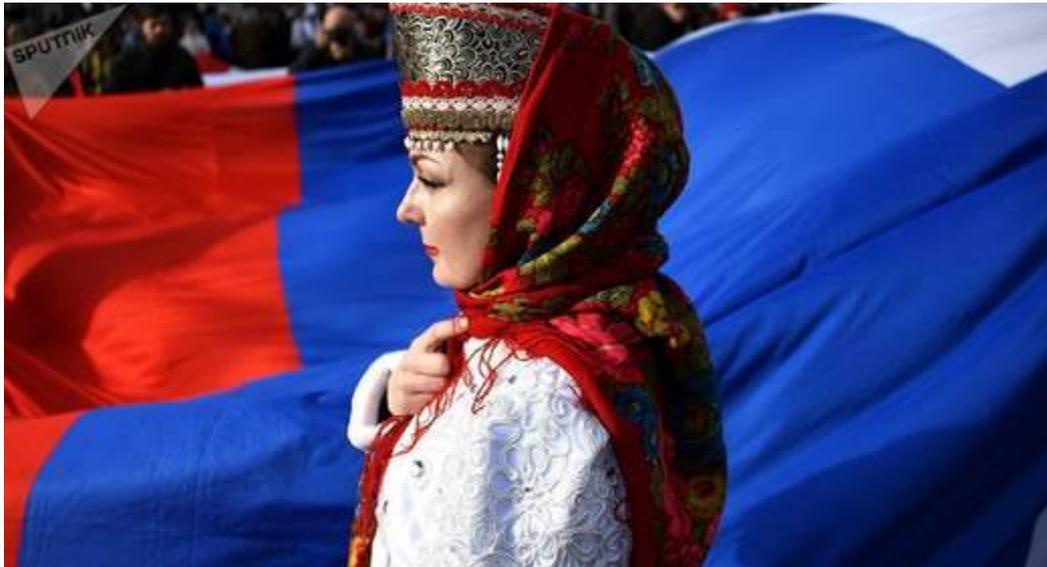
Ferner verwies er darauf, dass das Lebensniveau der Krim-Einwohner immer höher werde, was auch für die Krim-Tataren gelte. Die russischen Behörden setzen nach seinen Worten eine ganze Reihe von wichtigen Projekten um, deren Ziel in der Festigung der Kontakte mit dem Krim-tatarischen Volk auf allen möglichen Gebieten von Kultur und Sport und bis hin zum Bildungswesen und zu Massenmedien besteht.

„Nach dem Beitritt der Krim zu Russland sehen wir wesentliche Fortschritte im Kontext der Situation der Krim-Tataren auf der Halbinsel“, betonte Sel. „Es gibt inzwischen Radio- und TV-Sendungen in Krim-tatarischer Sprache. Die Initiativen der Krim-Tataren auf Gebieten wie Sport, Kultur oder Bildungswesen werden vom Staat aktiv unterstützt. Es wurden neue Schulen eröffnet. Demnächst wird eine Große Freitagsmoschee eingeweiht, worauf man 25 Jahre lang gewartet hatte. Die Krim-tatarische Sprache wurde als offizielle Sprache auf der Halbinsel anerkannt. In Schulen wird jetzt nicht nur die Krim-tatarische Sprache, sondern auch die Kultur und Literatur dieses Volkes unterrichtet. Als die Krim der Ukraine angehört hatte, war nur Ukrainisch die offizielle Sprache.“

„2014 wurde ein Gesetz zur Rehabilitation der Krim-Tataren verabschiedet. Dieses Dokument bildete die Basis für die Heimkehr der deportierten Einwohner. Diesen Menschen wurden extra Wohnungen bereitgestellt. Bis dato wurden 300 neue Häuser gebaut, die Menschen bekamen auch Grundstücke zur Verfügung. Anders als in den ‚ukrainischen Zeiten‘ der Krim werden auf der Halbinsel alle nötigen Lebensbedingungen für die muslimische Bevölkerung geschaffen: Es werden neue Moscheen eröffnet, der Koran und die Grundlagen des Islams werden unterrichtet. Mehrere Moscheen, die früher von mit verbotenen Organisationen, insbesondere mit der FETO, verbundenen Gruppierungen kontrolliert worden waren, wurden jetzt dem Muftiat der Krim überlassen, das vom Volk gewählt wurde“, ergänzte Ünver Sel. Aus dem Bericht des russischen Generalkonsulats in Istanbul geht hervor, dass es auf der Krim aktuell mehr als 30 Krim-tatarische gesellschaftliche Organisationen gebe, von denen die wichtigsten Milly Firqa, die Krim-Union und die Krim-Bewegung seien. Der Assistent des Krim-Muftis, Ruslan Bairow, repräsentiere die Krim-Tataren in der Gesellschaftskammer der Republik Krim. In Simferopol gebe es das Republikanische Haus der Freundschaft, dessen wichtigste Aufgabe die Festigung der Beziehungen zwischen den auf der Halbinsel lebenden Völkern sei.

Die Krim-Tataren haben die Möglichkeit, nach Mekka zu pilgern, und die wichtigsten muslimischen Feiertage (Ramadan, Kurban-Bairam) gelten auf der Halbinsel offiziell als Ruhetage.

Auf der Krim gibt es 53 Krim-tatarische Massenmedien. Der multinationalen Bevölkerung der Halbinsel ist es erlaubt, sich in ihrer Muttersprache ausbilden zu lassen, insbesondere in der ukrainischen und Krim-tatarischen Sprache.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32434/36/324343690.jpg>

de.sputniknews.com: **Deutscher „Friedensforscher“ für mehr Eskalation gegenüber Russland**

Tilo Gräser

Ein Beispiel für den bedauerlichen Zustand der Friedensforschung in der Bundesrepublik liefert ein Hamburger Politikwissenschaftler. Zum Thema des gekündigten INF-Vertrages ignoriert er Fakten und wiederholt unbewiesene Vorwürfe an Russland. Mit seinen Ratschlägen für die Bundesregierung bestätigt er Kritik an der heutigen Friedensforschung. Die Bundesregierung soll sich nach dem Ende des INF-Vertrages nicht nur für neue Rüstungskontrolle einsetzen, sondern „auch über militärische Maßnahmen nachdenken“ – gegenüber Russland. Gefordert hat das Ulrich Kühn vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg in einem aktuellen Beitrag in dem Online-Magazin „Internationale Politik und Gesellschaft“ (IPG) der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Anlass für Kühn ist eine internationale Konferenz am Freitag in Berlin, zu der Bundesaußenminister Heiko Maas eingeladen hatte. Behandelt wurde die Zukunft der Rüstungskontrolle, nachdem zuerst die USA das Ende des INF-Vertrages über atomare Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite über 500 Kilometer verkündeten und Russland dem folgte. Der vermeintliche Friedensforscher meint in seinem Text tatsächlich, dass mehr Rüstungskontrolle nicht reiche: „Deutschland und seine Verbündeten müssen über militärische Maßnahmen und Rüstungskontrollmaßnahmen nachdenken. Nur ein gesundes Zusammenspiel dieser Eckpfeiler strategischer Stabilität wird den Zusammenhalt der NATO garantieren.“

Ignoranz gegenüber Fakten

Er befürchtet eine neue Nachrüstungsdebatte und einen neuen Raketenwettlauf, falls die USA neue atomar bestückbare Marschflugkörper auf europäischem Nato-Gebiet stationieren sollten. Das könne zu neuen massiven Protesten wie einst in den 1980er Jahren führen. „Um dies zu verhindern, sollte Deutschland zunächst den Druck auf Moskau erhöhen“, erklärt Kühn. Für ihn ist Russland Urheber der Krise um den INF-Vertrag.

Dabei ignoriert Kühn unter anderem, was ein Papier der regierungsfinanzierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zum Thema bereits 2017 feststellte. Schon damals warfen sich Russland und die USA gegenseitig vor, den INF-Vertrag zu verletzen. In dem SWP-Papier von Oliver Meier hieß es: „Konkret hatte Russland bereits 2014 auf die amerikanischen Vorwürfe der Vertragsverletzung reagiert, indem es seinerseits unter anderem geltend machte, eine Nato-Raketenabwehrbasis in Rumänien könne auch zum Abschuss von

Marschflugkörpern dienen. In der Tat verwenden die USA dort Senkrechtstartanlagen vom Typ Mk-41, die geeignet sind, seegestützte Marschflugkörper abzufeuern. Da diese Systeme sich nun an Land befinden, sind die russischen Anschuldigungen, es handele sich um die nicht vertragskonforme Dislozierung eines Systems zum Einsatz landgestützter Marschflugkörper, aus technischer Sicht schwer zu entkräften.“

Kühn fordert dagegen, Moskau solle die eigenen Waffen vom Typ SSC-8, mit denen es angeblich den Vertrag verletzt habe, überprüfbar vernichten oder begrenzen. Diese Raketen seien „eine formidable Waffe zur Bedrohung Europas“. Gleichzeitig verschweigt der selbsternannte Friedensforscher, dass nicht nur das im Vertrag vereinbarte Prüfverfahren bei solchen Vorwürfen bis heute nicht angewendet wurde. Er folgt damit dem Nato-Kurs, ohne Beweise und ungeprüft Russland zu beschuldigen. Ebenso lässt er dabei aus, dass Washington das Angebot aus Moskau zu Inspektionen vor Ort abgelehnt hatte. „Ob Russland den Vertrag gebrochen hat, ist bislang noch nicht bewiesen“, war selbst im Februar in der Onlineausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu lesen.

Plädoyer für Eskalation

Unbeirrt von solchen Fakten geht Kühn dagegen „von einem weiteren russischen Raketenaufwuchs“ aus. Deshalb solle die Bundesregierung „auch über militärische Gegenmaßnahmen nachdenken“. Davon zählt er gleich eine ganze Reihe auf, immer mit dem Zusatz, Moskau könne sich davon aber bedroht fühlen, aus seiner Sicht natürlich nur missverständlich. Eine der Optionen sind für ihn weitere Elemente der vermeintlichen US-Raketen-Abwehr auf bundesdeutschem Boden, so in Ramstein und Bremerhaven.

„Eine offensivere Variante wäre die höhertaktige, rotierende Verlegung amerikanischer Langstreckenbomber nach Westeuropa“, schreibt der vermeintliche Friedensforscher allen Ernstes. „Ausgestattet mit konventionell-bestückten Luftabstandswaffen (beispielsweise JASSM) könnten die Bomber eine erhöhte Einsatzbereitschaft gegenüber Russland signalisieren.“ Eine weitere Möglichkeit ist für ihn, weitere US-Schiffe und -U-Boote, bestückt mit konventionellen Marschflugkörpern, in europäische Gewässer zu verlegen. Immerhin fragt Kühn noch: „Wie sollte Moskau wissen, ob die anfliegende Rakete nuklearer oder konventioneller Art ist?“

Er schreibt, „dass ein irgendwie gearteter Mix der hier vorgestellten Maßnahmen inzwischen auch in Brüssel bei der NATO diskutiert wird“. Das sei immer noch besser, als neue US-Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden. Letztere würden „eine nicht geringe Anzahl der Verbündeten (beispielsweise auch Deutschland) vor enorme innenpolitische Herausforderungen stellen und damit die NATO auf Jahre lähmen“. Während laut Kühn US-Militär solche neuen Mittelstreckenraketen gar nicht für notwendig halten, scheinen die von ihm genannten Alternativen möglich.

Exempel für Elend der Friedensforschung

Erst danach meint er, die Bundesregierung solle sich gleichzeitig für einen neuen Rüstungskontrollrahmen für INF-Systeme einsetzen. Dem folgen vor allem Vorschläge, was Russland dazu beitragen könne. Ebenso sollte China einbezogen werden, so der Politologe. Doch vor allem macht ihm eine „Spaltung der Nato“ Angst, weil sich nicht alle der Bündnismitglieder gleichmäßig von Russland bedroht sehen. Das habe unter anderem eine jüngst veröffentlichte Studie der FES deutlich gemacht.

Die Schlussfolgerung des angeblichen Friedensforschers: „Der Kreml wird diese divergierenden Haltungen gegen die Allianz ausspielen und dafür weiter an der Raketenschraube drehen. Sollte Deutschland versuchen, eine neue Landstationierung zu verhindern, könnte es Putin damit ungewollt in die Hände spielen.“ Berlin solle „eine gesunde Mischung aus Härte und Dialogbereitschaft gegenüber Russland finden“.

Was Kühn damit abgeliefert ist ein bezeichnendes und gleichzeitig bedauernswertes Beispiel für den Zustand der bundesdeutschen Friedensforschung, wie ihn unlängst der Politikwissenschaftler Werner Ruf beschrieb. Er hatte auf dem Jahreskongress der Neuen

Gesellschaft für Psychologie (NGfP) beklagt, dass sich die heutigen Friedensforscher den herrschenden Kräften angenähert haben, die sie einst kritisierten. Die bundesdeutsche Friedensforschung habe sich spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges von der Friedensbewegung entfernt – wenn nicht gar bewusst getrennt, so Ruf. Welche Folgen das hat, zeigt der Beitrag des Hamburger Politologen in der IPG.

de.sputniknews.com: **Wegen Ukraine-Krise: USA erweitern antirussische Sanktionen**

Die USA haben ihre russlandfeindlichen Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt ausgeweitet. Die vom US-Finanzministerium veröffentlichte erneuerte Sanktionsliste wird dementsprechend um sechs Namen ergänzt

Es handelt sich um den Vizechef der russischen Grenzschutzbehörde, Gennadi Medwedew, sowie um weitere fünf Personen, darunter den Chef des Grenzdienstes des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) der Krim und von Sewastopol, Sergej Stankewitsch, seinen Stellvertreter Andrej Schein und den FSB-Mitarbeiter Ruslan Romaschkin.

Laut einer Mitteilung des US-Außenministeriums sind die Restriktionsmaßnahmen wegen des Zwischenfalls in der Straße von Kertsch beschlossen worden.

Am 25. November hatte die russische Küstenwache vor der Straße von Kertsch drei bewaffnete Schiffe der ukrainischen Marine aufgebracht, die die Grenze Russlands verletzt hatten. Die Schiffe reagierten nicht auf Befehle der russischen Grenzer, die Fahrt im russischen Territorialgewässer einzustellen, und manövierten gefährlich. Die festgesetzten Schiffe wurden samt ihren Besatzungen in den Hafen von Kertsch begleitet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32313/43/323134332.jpg>

de.sputniknews.com: **Visa und MasterCard „versündigten sich“ in Venezuela: US-Strafen möglich**

Die USA könnten Sanktionen gegen die internationalen Zahlungssysteme Visa und MasterCard wegen ihrer Operationen in Venezuela verhängen, schreibt Reuters unter Verweis auf eine Quelle in der US-Administration.

„Das Ziel dieser Sanktionen ist es, dem illegitimen Regime (des venezolanischen Präsidenten Nicolás) Maduro weiterhin den Zugang zu (Finanz-)Mitteln und die Möglichkeit zu verwehren, die Venezolaner zu bestechen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Auch potentielle Transaktionen der dem venezolanischen Staatschef nahe stehenden Personen und der ihm gegenüber loyalen Machtgruppen, einschließlich des Militärs, könnten gesperrt werden, hieß es.

In einem globaleren Sinne zielen diese Einschränkungen laut Reuters darauf ab, für Caracas den Zugang zum Weltfinanzsystem und zum internationalen Kapitalmarkt zu verhindern, darunter auch den Betrieb der Zahlungssysteme auf dem Territorium von Venezuela zu

sperren. Die USA hätten all diese Maßnahmen noch vor den Januar-Ereignissen geplant, als der venezolanische Parlamentschef Juan Guaidó sich selbst zum Interimspräsidenten erklärte habe, hieß es.

Washington hatte dem Regime Maduro bereits früher Versuche vorgeworfen, aus dem Land Aktiva auszuführen und zu diesem Zweck unter anderem Gold aus den Zentralbank-Reserven zu verkaufen und so „das venezolanische Volk zu berauben“.